

John 3.10.91

GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERINNENFEINDLICHKEIT !

3. PRESSEERKLÄRUNG der Koordination Autonomer Flüchtlingsgruppen "BLEIBERECHT FÜR ALLE"

Berlin, den 1.10.1991

Seit heute mittag haben wir von der Koordination Autonomer Flüchtlingsgruppen die Passions-Kirche am Marheinicke-Platz besetzt. Mit dieser Aktion unterstützen wir Flüchtlinge, die aus Hoyerswerda nach Berlin geflohen sind. Die meisten von ihnen sind seit Anfang letzter Woche in Berlin, Sie wurden von uns untergebracht, wir boten ihnen Schutz und juristische Beratung. Aufgrund ihres illegalen Status in Berlin haben wir die verschiedenen Unterbringungsorte bisher geheim gehalten. Nicht verschwiegen haben wir ihre Ankunft in Berlin. In einer am 25.9. von uns gemeinsam mit der AL organisierten Pressekonferenz im Rathaus Schöneberg konnten die Flüchtlinge selbst zu Wort kommen. Sie schilderten ihre erlebten Bedrohungen und Angriffe in Hoyerswerda und die am Montag den 23.9. versuchte Zwangsverlegung und verschärfte Kasernierung ins sächsische Umland. Aus der begründeten Angst vor weiteren Angriffen ist die Mehrheit der Flüchtlinge in Gruppen oder als Einzelne geflohen. Wir boten ihnen unseren Schutz an und stellten gleichzeitig an das Abgeordnetenhaus von Berlin die Forderungen nach:

- **Sofortiger Aufnahmegarantie für die aus Hoyerswerda und anderen Orten nach Berlin geflohenen Flüchtlinge!**
- **Gewährung von Sozialhilfe dort, wo sie sich z.Zt. aufhalten!**
- **Freie Wahl ihres Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!**
- **Keine Kasernierung von Flüchtlingen, sei es in Heimen oder Bundeswehrkasernen!**
- **Bleiberecht für alle Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen.**
- **Keine Abschiebungen!**

Parallel dazu nahmen wir Kontakt zu verschiedenen Kirchengemeinden und der Leitung der ev. Kirche Berlin/Brandenburg auf. Wir forderten die Kirche auf, die Flüchtlinge ebenfalls in ihren Forderungen zu unterstützen. Die Flüchtlinge wollen an einem Ort gemeinsam untergebracht werden. Sie wollen gemeinsam und zusammen für ihr Bleiberecht in Berlin eintreten. Deshalb ist unsere zentrale Forderung an die Kirche, der wir mit der heutigen Besetzung der Passionskirche öffentlich Nachdruck verleihen wollen:

- ** Gewährung eines öffentlichen Kirchen-Asyls bis zur politischen Entscheidung.
- ** Gemeinsame Unterbringung in kircheneigenen Räumen
- ** Den politischen Druck auf den Senat zu verstärken, daß die Forderungen der Flüchtlinge erfüllt werden.

Hoyerswerda ist kein Einzelfall.

Kaum 1 Jahr nach der "historischen" Stunde der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik ist mit den Ereignissen von Hoyerswerda die Gefahr eines erstarkten Neofaschismus real spürbar geworden. Flüchtlinge und ArbeitsmigrantInnen erleben in der Bundesrepublik eine staatlich gedeckte brutale Angriffswelle. Sie sind Opfer einer jahrelang geschürten Hetze.

Hoyerswerda ist keine Ausnahme, es ist Teil einer rassistischen Verfolgung, die sich in der ganzen Bundesrepublik durch die staatliche Rückendeckung in erschreckendem Maße ausbreiten konnte.

Wie anders sind die Aussagen der Landowskis, der Schäubles, der Rühes, der Däubler-Gmelins, der Schmitz und wie sie alle heißen, zu verstehen, die nach wie vor vom "Mißbrauch des Asylrechts", von "stehlenden und betrüglichen Ausländern", von "den unangepaßten und zu lauten Fremden", vom "überevollen Schiff" usw. reden. Damit legen sie die Grundsteine für die unüberschreitbare Mauer, die das "europäische Haus" gegen Flüchtlinge/ArbeitsmigrantInnen aus der sogenannten Dritten Welt absichern soll. Jetzt, nach den Überfällen von Hoyerswerda stellen

sie scheinheilig Empörung zur Schau und benutzen gleichzeitig die zunehmenden rassistischen Angriffe für die Verschärfung ihrer repressiven Asylpolitik.

Hoyerswerda und all die vielen anderen Orte zeigen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Politiker Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen die existenziellen Menschenrechte nicht gewähren wollen. Keiner dieser WortführerInnen in der Debatte um die Verschärfung des Asylrechts hat sich an einem der Orte gezeigt und durch eine klare Verurteilung der Vorkommnisse Position bezogen. Sie beharren darauf, die Schuld an den Ausschreitungen den Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen zuzuweisen. Damit fordern sie geradezu weitere Angriffe heraus, verleihen sie doch den rechtsradikalen Angreifern ein deutliches Siegesbewußtsein. Ihre Lösung für die Flüchtlinge ist verschärfte Kasernierung.

In Hoyerswerda und anderswo wird diese Flucht von den Faschisten und Teilen der Bevölkerung als Erfolg gefeiert. Wir sind uns dem Widerspruch bewußt, daß diese Fluchtbewegung den Rechtsradikalen in die Hände spielt. Da es aber innerhalb der gesellschaftlichen Kräfte in Hoyerswerda und anderswo keinen garantierten Schutz für das Leben der Flüchtlinge gibt, müssen wir die Flucht unterstützen. Gleichzeitig rufen wir dazu auf, gegen Rassismus und Faschismus auf den verschiedensten Ebenen und mit unterschiedlichsten Formen vorzugehen. Verbale Entrüstung alleine reicht nicht. So haben sich am vergangenen Sonntag bei der in Hoyerswerda stattgefundenen Demonstration im Verlauf der Route AnwohnerInnen aus der Stadt gemeinsam in die antifaschistische Demo eingereiht und den Mut gefunden, ihre Unzufriedenheit mit den Vorfällen in ihrer Stadt öffentlich kundzutun.

Die Koordination Berliner Autonomer Flüchtlingsgruppen fordert verstärkt in der aktuellen Situation ein Bleiberecht für Alle und deren menschenwürdige Unterbringung !

Spendenkonto: Sonderkto. T. Lehmann, Postgiroamt Bln,
BlZ 10010010, Kto. Nr. 198-100
Stichwort: "Bleiberecht"

Erklärung zur Zerstörung von Bildzeitungs-Leuchtwerbung in Essen

Seit einigen Tagen erscheint in den Leuchtreklametafeln an Haltestellen eine neue Werbung der Bild-Zeitung. Auf ihr ist ein ueberfuellter Warteraum einer Asylstelle zu sehen. Die Werbung ist untertitelt mit "Asylanten im Ruhrgebiet/ Wer soll das bezahlen?/ Wie geht es weiter?".

Diese Hetze steht in der faschistischen Tradition des Springer-Konzerns und der Bildzeitung als Nachfolgezeitung des Stuermers. Viele Redakteure des Stuermers schrieben nach dem Zusammenbruch des 3.Reichs fuer die Bildzeitung. Immer mehr werden in Deutschland rassistische und nationalistische Ideen voffaehig. Nicht nur politische Randgruppen vertreten sie offen, sondern immer mehr auch die offizielle Politik. Es ist nicht mehr weit bis zum 4.Reich.

Aus Wut ueber diese Hetze des Springer-Konzerns haben wir die Scheiben von 19 dieser Werbetafeln eingeschlagen. Wir wollen militanten Widerstand leisten und uns damit nicht den vom Staat diktierten demokratischen Formalien unterordnen und solche Werbung fuer die Werbefirma unrentabel machen. Wir rufen alle zur Nachahmung in ihren Staedten auf.

Nur ein breiter Widerstand kann den Springerkonzern zwingen, diese rassistische Kampagne gegen Fremde und alle, die sich in die kapitalistische Produktionsweise nicht einbinden lassen, zu beenden.

Schliesst euch zusammen.

Macht militante Aktionen gegen die Konzerne und staatliche Institutionen.

Formando gegen rassistische Hetze